

Schmidtner

FINANCE



EST. 2002

ZUVERLÄSSIG KOMPETENT AGIOFREI

Ihr Vermittler

Schmidtner GmbH
Postfach 62 04 40
D-22404 Hamburg

Telefon: +49 (0) 40 - 325 07 14 - 0
E-Mail: info@schmidtner-gmbh.de
Internet: www.schmidtner-gmbh.de

SOLVIUM TRANSPORTLOGISTIK FONDS

GmbH & Co. geschlossene Investment-KG



**Zeichnungsunterlagen
(natürliche Personen)**



Hinweis: Soweit in diesem Dokument auf natürliche Personen Bezug genommen wird, werden allein zum Zwecke besserer Lesbarkeit ausschließlich männliche Formen verwendet. Nichtsdestotrotz beziehen sich diese Angaben auf Angehörige aller Geschlechter.

I. VORVERTRAGLICHE INFORMATIONEN GEMÄSS § 312D ABSATZ 2 BGB I. V. M. ART. 246B §§ 1 BIS 3 EGBGB STAND: 19. JUNI 2026

Die folgenden Informationen richten sich an Verbraucher im Sinne des § 13 BGB (im Folgenden als „Anleger“ bezeichnet), die ihren Beitritt zum geschlossenen Publikums-AIF „Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG“ (im Folgenden als „Fondsgesellschaft“ bezeichnet) außerhalb von Geschäftsräumen oder im Wege des Fernabsatzes erklären.

1 | ANGEMESSENE ERLÄUTERUNGEN GEMÄSS § 312D ABSATZ 2 SATZ 1 BGB I. V. M. ART. 246B § 3 ABSATZ 1 EGBGB

Dieser Abschnitt 1 beinhaltet die gemäß § 312d Absatz 2 Satz 1 BGB i. V. m. Art. 246b § 3 Absatz 1 EGBGB vorgeschriebenen angemessenen Erläuterungen der Hauptmerkmale des angebotenen Vertrages, einschließlich möglicher Nebenleistungen und Hinweise auf besondere Folgen, die sich aus dem angebotenen Vertrag für den Anleger ergeben können, einschließlich der Folgen bei Zahlungsausfall und Zahlungsverzug.

Zur weiteren vorvertraglichen Information wird dieser Abschnitt 1 durch die im nachfolgenden Abschnitt 2. enthaltenen Informationen nach § 312d Absatz 2 Satz 1 BGB in Verbindung mit Art. 246b §§ 1 Absatz 1, 2 Absatz 1 EGBGB 1 ergänzt.

Hiermit soll der Anleger in die Lage versetzt werden zu beurteilen, ob der angebotene Vertrag und die Nebenleistungen seinen Bedürfnissen und seiner finanziellen Situation entsprechen. Der Anleger sollte diese angemessenen Erläuterungen, die weiteren vorvertraglichen Informationen, diese Zeichnungsunterlagen sowie den Verkaufsprospekt (einschließlich Anlagebedingungen, Gesellschaftsvertrag und Treuhandvertrag) und das Basisinformationsblatt vor Abgabe seiner Vertragserklärung (Beitrittserklärung) sorgfältig lesen.

ERLÄUTERUNG DER HAUPTMERKMALE DES ANGEBOTENEN VERTRAGS, EINSCHLIESS- LICH MÖGLICHER NEBENLEISTUNGEN

Gegenstand des vorliegenden Beteiligungsangebots (angebotener Vertrag) ist die mittelbare Beteiligung des Anlegers über die Treuhänderin als Treugeber an der Fondsgesellschaft nach Maßgabe der

Beitrittserklärung, des Gesellschaftsvertrages und der Anlagebedingungen der Fondsgesellschaft sowie des Treuhandvertrages. Die Fondsgesellschaft ist ein Investmentvermögen in der Rechtsform einer geschlossenen Investmentkommanditgesellschaft nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB).

Die Hauptmerkmale des angebotenen Vertrages sind:

- Die Laufzeit der Fondsgesellschaft und damit der Beteiligung endet mit Ablauf des 31. Dezember 2034 (Verlängerung durch Beschluss der Gesellschafter um bis zu drei Jahre möglich).
- Die Mindestzeichnungssumme beträgt EUR 5.000,00 (zzgl. 5,00 % Ausgabeaufschlag). Höhere Beträge müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein.
- Die ordentliche Kündigung des Anlegers ist während der Laufzeit ausgeschlossen.
- Der Anleger ist entsprechend seiner Beteiligungsquote am wirtschaftlichen Ergebnis der Fondsgesellschaft beteiligt.
- Die Rückzahlung des Kommanditkapitals an den Anleger soll prognosegemäß nach Liquidation der Fondsgesellschaft erfolgen.

Nebenleistungen werden im Rahmen des Vertrages von der Fondsgesellschaft, der Treuhandkommanditistin und der Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) weder angeboten noch erbracht.

BESONDERE FOLGEN, DIE SICH AUS DEM ANGEBOTENEN VERTRAG FÜR DEN ANLEGER ERGEBEN KÖNNEN, EINSCHLIESS- LICH DER FOLGEN BEI ZAHLUNGS-AUSFALL UND ZAHLUNGSVERZUG

Bei dem angebotenen Vertrag (Beteiligung an der Fondsgesellschaft) handelt es sich um eine unternehmerische Beteiligung und langfristige Kapitalanlage, die mit verschiedenen Risiken verbunden ist. Es bestehen insbesondere rechtliche, wirtschaftliche, steuerliche, objekt- und personenbezogene Risiken, die einzeln oder kumuliert eintreten können. Der Wert der Investition des Anlegers kann sich infolgedessen verschlechtern oder beeinträchtigt werden. Dies kann zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals und des Agios führen.

Über die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der einzelnen, nachfolgend beschriebenen Risiken können keine Angaben gemacht werden.

Das vorliegende Beteiligungsangebot ist nur für solche Anleger geeignet, die einen etwaigen Totalverlust finanziell bewältigen kön-

nen. Die Beteiligung eignet sich auch nicht für Anleger, die auf kurz oder mittelfristige Verfügbarkeit der investierten Gelder angewiesen sind, sondern wendet sich an Anleger, die sich langfristig engagieren wollen.

Das Angebot bietet weder eine garantierte oder feste Verzinsung noch eine feststehende Rückzahlung des eingesetzten Kapitals zu einem festen Zeitpunkt oder in einer bestimmten Höhe. Das Angebot eignet sich nicht zur Altersvorsorge. Gemäß § 172 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) kann die persönliche Haftung des einzelnen Anlegers im Außenverhältnis aufgrund von Auszahlungen bis zur Höhe der im Handelsregister eingetragenen Haftsumme (gemäß Gesellschaftsvertrag der Fondsgesellschaft i. H. v. EUR 1,00 je EUR 100,00 der jeweiligen Pflichteinlage) wiederaufleben, sofern dadurch der Stand des Kapitalkontos des Anlegers unter den Betrag der Haftsumme sinkt oder schon zuvor diesen Wert nicht erreicht.

Das vorliegende Beteiligungsangebot ist für Anleger konzipiert, die gezielt unternehmerisch investieren wollen und bei denen die Beteiligung an der Fondsgesellschaft nur einen Bruchteil ihres gesamten Vermögens ausmacht. Es ist also für Anleger konzipiert, die über den erforderlichen finanziellen Spielraum verfügen und einen Totalverlust finanziell bewältigen können. Die Beteiligung an diesem Angebot sollte daher nur zur Portfoliobeimischung des übrigen Vermögens genutzt werden und aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Bei dem vorliegenden Beteiligungsangebot handelt es sich um ein unternehmerisches Engagement, dessen wirtschaftliches Ergebnis von einer Vielzahl nicht vorhersehbarer und auch nicht beeinflussbarer Faktoren abhängt. Ebenso nimmt die Genauigkeit der Prognosen mit zunehmendem Betrachtungszeitraum ab. Zukünftige rechtliche, steuerliche, wirtschaftliche und/oder politische Veränderungen können sich auf das Ergebnis des vorliegenden Beteiligungsangebots auswirken. Für das prognostizierte Ergebnis wird keine Garantie übernommen.

Zahlt der Anleger die Kommanditeinlage (Pflichteinlage) nicht fristgemäß innerhalb von 14 Tagen nach Aufforderung auf das in der Beitrittserklärung genannte Konto ein, kommt er ohne das Erfordernis einer Mahnung in Verzug. Einem Anleger können Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz p. a. bezogen auf den rückständigen Teil der Kommanditeinlage berechnet werden. Wird die Kommanditeinlage trotz schriftlicher Fristsetzung mit Ausschlussandrohung ganz oder teilweise nicht geleistet, ist die Treuhänderin berechtigt und verpflichtet, im Namen der Gesellschaft von dem Beitrittsvertrag zurückzutreten. Die Geltendmachung von darüber hinausgehenden Schadensersatzforderungen bleibt davon unberührt.

2 | INFORMATIONEN GEMÄSS § 312D ABSATZ 2 SATZ 1 BGB I. V. M. ART. 246B §§ 1 ABSATZ 1, 2 ABSATZ 1 EGBGB

IDENTITÄT UND HAUPTGESCHÄFTSTÄTIGKEIT DES UNTERNEHMERS, ZULASSUNG UND AUFSICHTSBEHÖRDE (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 1, 2, 3, 4, 5 EGBGB)

Fondsgesellschaft (Unternehmer)

Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG

Große Elbstraße 14

22767 Hamburg

Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRA 131228

Gesellschaftszweck und Hauptgeschäftstätigkeit der Fondsgesellschaft

Gesellschaftszweck der Fondsgesellschaft ist ausschließlich die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach der in den Anlagebedingungen festgelegten Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage nach §§ 261 bis 272 KAGB zum Nutzen der Anleger. Die Fondsgesellschaft hat insbesondere für die Anlage und die Verwaltung ihres Kommanditanlagevermögens die Hamburg Asset Management HAM Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft gemäß § 154 KAGB in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Nr. 1 KAGB bestellt. Die Fondsgesellschaft selbst übt keine nach dem KAGB oder anderen Gesetzen zulassungspflichtigen Tätigkeiten aus.

Die Fondsgesellschaft handelt nicht im Auftrag eines anderen Unternehmers.

Anleger können die Fondsgesellschaft über die unten angegebenen Kontaktdaten der Anlegerverwaltung für allgemeine Anfragen und Beschwerden erreichen.

Die Fondsgesellschaft unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die Kontaktdaten der BaFin sind unten bei den Angaben zur Kapitalverwaltungsgesellschaft genannt.

Geschäftsführung / Geschäftsführende Kommanditistin der Fondsgesellschaft

HTG Hamburger Transportlogistik Geschäftsführungs GmbH

Große Elbstraße 14

22767 Hamburg

Tel.: + 49 40 300 846-240

Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 182669

Geschäftsführer: Jessica Beckmann und Tobias große Holthaus

Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Fondsgesellschaft

Solvium Verwaltungs GmbH
ABC-Straße 21
20354 Hamburg
E-Mail: info@solvium-capital.de
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 160083
Geschäftsführer: Marc Schumann, André Wreth

Treuhandkommanditistin / Treuhänderin

STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Tel.: + 49 40 75 66 39 87 0
E-Mail: info@sta-altona.de
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 109520
Geschäftsführer: Matthias Abel

Die vorgenannte Gesellschaft benötigt für ihre Geschäftstätigkeit keine Zulassung erforderlich. Sie unterliegt in Deutschland der Aufsicht durch das Gewerbeaufsichtsamt.

Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG)

Hamburg Asset Management HAM
Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Tel.: + 49 40 300 846-240
E-Mail: kontakt@hh-asset.de

Für ihre Tätigkeit als Kapitalverwaltungsgesellschaft ist nach den Vorgaben des KAGB eine Zulassung (Erlaubnis) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erforderlich. Diese Erlaubnis wurde von der BaFin erteilt. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft unterliegt der Aufsicht durch die BaFin.

Die Kontaktdaten der BaFin lauten:
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Marie-Curie-Str. 24-28
60439 Frankfurt
oder
Postfach 50 01 54
60391 Frankfurt
Tel.: + 49 228 4108-0
Fax: + 49 228 4108-1550
E-Mail: poststelle@bafin.de

Anlegerverwaltung der Fondsgesellschaft

STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
Tel.: + 49 40 75 66 39 87 0
E-Mail: info@sta-altona.de

Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 109520
Geschäftsführer: Matthias Abel

Vertriebsgesellschaft der Fondsgesellschaft

Solvium Capital Vertriebs GmbH
ABC-Straße 21
20354 Hamburg
Tel.: + 49 40 52 73 47 975
E-Mail: info@solvium-capital.de
Eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter HRB 148551
Geschäftsführer: Jürgen Kestler, André Wreth

Die Vertriebsgesellschaft hat eine Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler nach § 34f Absatz 1 GewO und unterliegt der Aufsicht der Handelskammer Hamburg.

Die Kontaktdaten der Handelskammer Hamburg lauten:
Handelskammer Hamburg
Adolphsplatz 1
20457 Hamburg
Tel.: + 49 40 36138-138
E-Mail: service@handelskammer-hamburg.de

Anlageberater / Vermittler

Der jeweilige Anlageberater / Anlagevermittler, über den der Anleger die Verkaufsunterlagen (Verkaufsprospekt einschließlich Anlagebedingungen, Gesellschaftsvertrag und Treuhandvertrag, das Basisinformationsblatt sowie den letzten veröffentlichten Jahresbericht, soweit bereits vorliegend), die Zeichnungsunterlagen (einschließlich Beitrittserklärung, dieser vorvertraglichen Informationen und der Widerrufsbelehrung) erhält, wird als Finanzanlagenvermittler (Anlageberater bzw. Anlagevermittler) tätig.

WESENTLICHE MERKMALE DER FINANZDIENSTLEISTUNG (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 6 EGBGB)

Die Fondsgesellschaft ist ein Investmentvermögen in der Rechtsform einer geschlossenen Investmentkommanditgesellschaft nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB).

Gegenstand des vorliegenden Beteiligungsangebots ist die mittelbare Beteiligung des Anlegers über die Treuhänderin als Treugeber an der Fondsgesellschaft nach Maßgabe der Beitrittserklärung, des Gesellschaftsvertrages und der Anlagebedingungen der Fondsgesellschaft sowie des Treuhandvertrages.

Gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages sind die Anleger entsprechend ihrer Beteiligungsquote am wirtschaftlichen Ergebnis der Fondsgesellschaft beteiligt. Der Anleger wird als Treugeber mittelbar Gesellschafter der Fondsgesellschaft und soll prognosegemäß Auszahlungen in Höhe von 4,00 % p. a. bezogen auf die Zeichnungs-

summe (Kommanditeinlage) ohne Agio jeweils anteilig zum Ende eines Kalenderquartals erhalten, wobei die erste Auszahlung mindestens einen Beteiligungszeitraum von drei Monaten umfassen muss. Tritt ein Anleger der Fondsgesellschaft nicht zum 1. eines Kalenderquartals bei, erhält er die erste Auszahlung prognosegemäß zum Ende des auf seinen Beitritt folgenden nächsten Kalenderquartals.

Die Rückzahlung des Kommanditkapitals an den Anleger soll prognosegemäß nach Liquidation der Fondsgesellschaft erfolgen.

Um der Fondsgesellschaft beizutreten sowie die mit der Beteiligung verbundenen Rechtsgeschäfte abzuschließen, hat der Anleger die vollständig ausgefüllten und von ihm unterzeichneten Zeichnungsunterlagen über seinen Anlageberater bzw. Anlagevermittler bei der Treuhänderin einzureichen. Die unterzeichnete Beitrittsvereinbarung stellt ein rechtsverbindliches Angebot zum Erwerb der mittelbaren Beteiligung im Wege des Abschlusses eines Treuhandvertrages zwischen dem Anleger als Treugeber und der Treuhänderin und der Fondsgesellschaft dar. Die Annahme des Erwerbsangebots des Anlegers erfolgt durch die Treuhänderin, indem die Treuhänderin den Beitritt durch Übersendung einer gegengezeichneten Kopie der Beitrittsklärung in Textform annimmt. Der Beitritt zur Fondsgesellschaft kommt durch diese Annahme zustande. Auf Anforderung des Treugebers wird die Treuhänderin die Annahme in Briefform bestätigen.

VOM ANLEGER FÜR DEN ERWERB DER BETEILIGUNG ZU ZAHLENDER GESAMTPREIS UND DAMIT VERBUNDENE PROVISIONEN, GEBÜHREN UND ABGABEN; STEUERN (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 7 EGBGB)

Die Anleger leisten die in der Beitrittsklärung jeweils vereinbarten Pflichteinlagen (Zeichnungssumme) zuzüglich Agio in Höhe von 5,00 %. Es steht der KVG frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu erheben. Die weiteren Kosten, einschließlich Provisionen, Gebühren und Abgaben, im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Fondsgesellschaft sowie die weiteren Leistungen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Fondsgesellschaft sind im Verkaufsprospekt in Kapitel 13 „Fondskosten“, S. 66 ff., dargestellt. Weitere Kosten und Leistungen hat der Anleger im Zusammenhang mit dem Erwerb der Beteiligung an der Gesellschaft weder gegenüber der Fondsgesellschaft, der KVG noch der Treuhänderin zu erbringen; insbesondere hat er keine weiteren Zahlungen an diese zu leisten.

Eigene Kosten für Telefon, Internet, Porto und Überweisungen sowie für die eigene Beauftragung von Steuerberatern, Rechtsanwälten, Anlageberatern, Anlagevermittlern, Vermögensberatern oder sonstigen Beratern hat der Anleger selbst zu tragen. Die Höhe dieser Kosten kann nicht konkret genannt werden, da diese anlegerspezifisch sind und daher variieren.

Der Anleger trägt alle im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an der Fondsgesellschaft anfallenden Steuern selbst. Die steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung an der Fondsgesellschaft für den An-

leger sind im Verkaufsprospekt in Kapitel 15 „Bedeutende Steuervorschriften“, S. 71 ff., dargestellt.

INFORMATIONEN ZU DEN KONSEQUENZEN BEI ZAHLUNGSVERZUG ODER ZAHLUNGS-AUSFALL (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 8 EGBGB)

Zahlt der Anleger die Kommanditeinlage (Pflichteinlage) nicht fristgemäß innerhalb von 14 Tagen nach Aufforderung auf das in der Beitrittsklärung genannte Konto ein, kommt er ohne das Erfordernis einer Mahnung in Verzug. Einem Anleger können Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz p. a. bezogen auf den rückständigen Teil der Kommanditeinlage berechnet werden. Wird die Kommanditeinlage trotz schriftlicher Fristsetzung mit Ausschlussandrohung ganz oder teilweise nicht geleistet, ist die Treuhänderin berechtigt und verpflichtet, im Namen der Gesellschaft von dem Beitrittsvertrag zurückzutreten. Die Geltendmachung von darüber hinausgehenden Schadensersatzforderungen bleibt davon unberührt.

KEINE AUTOMATISIERTE ENTSCHEIDUNGS-FINDUNG (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 9 EGBGB)

Der Preis der Beteiligung an der Fondsgesellschaft wird nicht auf der Grundlage einer automatisierten Entscheidungsfindung personalisiert.

HINWEIS AUF SPEZIELLE RISIKEN DER FINANZDIENSTLEISTUNG (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 10 EGBGB)

Bei dem vorliegenden Beteiligungsangebot handelt es sich um ein Finanzinstrument, das wegen seiner spezifischen Merkmale mit speziellen Risiken behaftet ist, auf die die Fondsgesellschaft, die Treuhänderin und die KVG keinen Einfluss haben.

Es besteht insbesondere das Risiko des Totalverlusts des eingesetzten Kapitals (Zeichnungssumme / Kommanditeinlage nebst Agio).

In der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge sind kein Indikator für künftige Erträge.

Die wesentlichen Risiken der Beteiligung an der Gesellschaft sind im Verkaufsprospekt in Kapitel 3 „Risikohinweise“, S. 12 ff., beschrieben, worauf verwiesen wird.

WEITERE STEUERN UND / ODER KOSTEN (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 11 EGBGB)

Mögliche weitere Steuern und / oder Kosten hat der Anleger selbst zu tragen. Die Höhe dieser möglichen weiteren Steuern und / oder Kosten kann nicht konkret genannt werden, da diese anlegerspezifisch sind und daher variieren.

GÜLTIGKEITSDAUER DIESER INFORMATIONEN (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 12 EGBGB)

Diese Informationen gemäß § 312d Absatz 2 Satz 1 BGB i. V. m. Art. 246b §§ 1 Absatz 1, 2 Absatz 1 EGBGB sind bis zur Bekanntgabe von Änderungen gültig.

ZAHLUNG UND ERFÜLLUNG (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 13 EGBGB)

Die Mindestzeichnungssumme beträgt EUR 5.000,00. Höhere Summen müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein. Die Anleger haben ferner auf die von ihnen jeweils gezeichneten Kommanditeinlagen ein Agio in Höhe von 5,00 % zu zahlen. Es steht der KVG frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu erheben. Die vom Anleger zu leistende Kommanditeinlage ist zuzüglich Agio zu dem in der Beitrittserklärung genannten Zahlungstermin auf das ebenfalls in der Beitrittserklärung angegebene Konto der Fondsgesellschaft zu zahlen. Leistet ein Anleger den von ihm auf seine Kommanditeinlage geschuldeten Betrag verspätet, kommt er ohne das Erfordernis einer Mahnung in Verzug. Einem Anleger können Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz p. a. bezogen auf den rückständigen Teil der Kommanditeinlage berechnet werden. Wird die Kommanditeinlage trotz schriftlicher Fristsetzung mit Ausschlussandrohung ganz oder teilweise nicht geleistet, ist die Treuhänderin berechtigt und verpflichtet, im Namen der Gesellschaft von dem Beitrittsvertrag zurückzutreten. Die Geltendmachung von darüber hinausgehenden Schadensersatzforderungen bleibt davon unberührt.

KOSTEN FÜR DIE BENUTZUNG VON FERNKOMMUNIKATIONSMITTELN (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 14 EGBGB)

Für die Nutzung von Fernkommunikationsmitteln berechnen die Fondsgesellschaft, die Treuhänderin und die KVG dem Anleger keine Kosten.

ÖKOLOGISCHE ODER SOZIALE FAKTOREN IN DER ANLAGESTRATEGIE DER FONDSGESELLSCHAFT (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 15 EGBGB)

Die Fondsgesellschaft bewirbt ökologische Merkmale im Sinne des Art. 8 der Verordnung (EU) Nr. 2019/2088 („Offenlegungs-VO“). Sie hat aber keine nachhaltige Anlage zum Ziel. Informationen zu den ökologischen Merkmalen sind in Anhang IV (Kapitel 19.4) des Verkaufsprospekts zu finden.

WIDERRUFSRECHT (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 16 EGBGB)

Dem Anleger steht ein Widerrufsrecht zu, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Die Widerrufsbelehrung befindet sich in Abschnitt II. 3. dieser Zeichnungsunterlagen.

MINDESTLAUFZEIT DES VERTRAGES / DAUER DER FONDSGESELLSCHAFT / LAUFZEIT DES TREUHANDVERTRAGS / KÜNDIGUNG (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 17 EGBGB)

Die Fondsgesellschaft ist grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2034 befristet und tritt sodann in Liquidation. Die Gesellschafter, einschließlich der Anleger, können die Laufzeit der Fondsgesellschaft nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages durch Beschluss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Mehrheit) in einem oder mehreren Schritten um insgesamt bis zu drei Jahre verlängern.

VERTRAGLICHE KÜNDIGUNGSREGELUNGEN (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 18 EGBGB)

Eine ordentliche Kündigung der Beteiligung an der Fondsgesellschaft durch Anleger ist ausgeschlossen. Die Anleger können die Beteiligung an der Fondsgesellschaft nur außerordentlich kündigen.

Den Treuhandvertrag schließt der Anleger für die Zeit der Beteiligung der Treuhänderin an der Fondsgesellschaft; er endet automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf, sofern und soweit die mittelbare Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft endet, spätestens aber mit der Beendigung der Fondsgesellschaft. Der Anleger kann den Treuhandvertrag zum Ende eines Jahres, erstmals zum 31. Dezember 2026, mit einer Frist von sechs Monaten kündigen. Die Kündigung des Treuhandvertrages durch den Anleger hat durch eingeschriebenen Brief an die Treuhänderin zu erfolgen.

Der Anleger kann seine Beteiligung auch im Außenverhältnis übernehmen und sich als Kommanditist mit seiner bisher treuhänderisch gehaltenen Haftsumme in das Handelsregister eintragen lassen. Die Übertragung erfolgt mit Eintragung des Anlegers in das Handelsregister, ohne dass es weiterer Rechtsakte bedarf. Mit der Übertragung endet das Außentreuhandverhältnis und der Treuhandvertrag.

Die Treuhänderin ist berechtigt, das Treuhandverhältnis mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. Dezember eines jeden Jahres, erstmals zum 31. Dezember 2035, schriftlich gegenüber allen Anlegern gemeinsam zu kündigen. In diesem Falle werden die Anleger, die nicht schon bisher unmittelbar als Kommanditisten an der Gesellschaft beteiligt waren, mit ihren bisher treuhänderisch gehaltenen Kommanditeinlagen Kommanditisten der Fondsgesellschaft.

Das Recht, den Treuhandvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, bleibt für die Treuhänderin und den Anleger unberührt.

PRAKTISCHE HINWEISE UND VERFAHREN ZUR AUSÜBUNG DES WIDERRUFSRECHTS (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 19 EGBGB)

Die Ausübung des Widerrufsrechts durch den Anleger erfolgt durch eindeutige Erklärung gegenüber der Treuhandkommanditistin per Post, per Telefax, per E-Mail oder telefonisch.

Praktische Hinweise und Verfahren zur Ausübung des Widerrufsrechts, darunter Telefonnummer und E-Mail-Adresse der Treuhandkommanditistin, ergeben sich aus der Widerrufsbelehrung, die auf Seiten 11 bis 12 dieser Zeichnungsunterlagen angebracht ist.

Eine eindeutige Erklärung liegt vor, wenn der Entschluss des Anlegers zum Widerruf eindeutig aus der Erklärung hervorgeht (z. B. „Hiermit widerrufe ich den Vertrag.“).

Um eine schnelle Bearbeitung zu ermöglichen, sollte der Anleger in der Widerrufserklärung seinen Namen, seine Anschrift und das Datum seiner auf den Beitritt zur Fondsgesellschaft gerichteten Willenserklärung angeben. Diese Angaben sind jedoch keine Voraussetzung für die wirksame Ausübung des Widerrufsrechts.

Der Beitritt zur Fondsgesellschaft im Fernabsatz ist nicht im Wege eines Vertragsschlusses über eine Online-Benutzeroberfläche möglich. Aus diesem Grund besteht keine Widerrufsfunktion nach § 356a BGB (kein Widerrufsbutton).

ANWENDBARES RECHT (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 20 EGBGB)

Die Rechtsbeziehungen aus dem Gesellschaftsvertrag und dem Treuhandvertrag unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Hinsichtlich des Gerichtsstands gelten die gesetzlichen Vorgaben.

VERTRAGSSPRACHE (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 21 EGBGB)

Die Sprache der Vertragsbedingungen und dieser vorvertraglichen Informationen ist Deutsch. Die Kommunikation zwischen der Fondsgesellschaft, der Treuhänderin und den Anlegern erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache.

AUSSERGERICHTLICHE BESCHWERDE- UND RECHTSBEHELFSVERFAHREN (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 22 EGBGB)

Hat der Anleger seine Beteiligung durch Abschluss eines Fernabsatzvertrages erworben, kann der Anleger bei Streitigkeiten aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen unbeschadet seines Rechts, die Gerichte anzurufen, eine zuständige anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle anrufen. Eine aktuelle Liste der anerkannten Verbraucherschlichtungsstellen kann jederzeit von der Internetseite des Bundesamts für Justiz www.bundesjustizamt.de/verbraucherstreitbeilegung heruntergeladen werden.

Zuständige anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle ist gegenwärtig:

Universalschlichtungsstelle des Bundes –
Zentrum für Schlichtung e. V.

Straßburger Straße 8
77694 Kehl am Rhein

Tel.: + 49 7851 795 79 40

Fax: + 49 7851 795 79 41

E-Mail: mail@universalschlichtungsstelle.de

Ist keine anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle zuständig, kann der Anleger die bei der Deutschen Bundesbank eingerichtete Schlichtungsstelle anrufen:

Deutsche Bundesbank – Schlichtungsstelle –
Postfach 10 06 02

60006 Frankfurt am Main

Tel.: + 49 69 95 66 332 32

E-Mail: schlichtung@bundesbank.de

Die Zugangsvoraussetzungen zu dieser Schlichtungsstelle ergeben sich aus der Finanzschlichtungsstellenverordnung, die auf der Internetseite www.bundesbank.de/de/

Der Anleger kann sich bei Streitigkeiten mit einem Unternehmen im Zusammenhang mit dem Kapitalanlagegesetzbuch an die Schlichtungsstelle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wenden. Sofern es hinsichtlich dieser Streitigkeiten eine anerkannte Verbraucherschlichtungsstelle gibt, kann sich der Anleger gleichwohl an die Schlichtungsstelle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wenden, die den Schlichtungsantrag automatisch an die zuständige Schlichtungsstelle weiterleitet.

Informationen über dieses Schlichtungsverfahren und über seine Voraussetzungen sind u a. auf der Internetseite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Schlichtungsstelle ist wie folgt erreichbar:

Schlichtungsstelle bei der Bundesanstalt
für Finanzdienstleistungsaufsicht
Referat VBS 12
Marie-Curie-Straße 24-28
60439 Frankfurt am Main
Tel.: +49 228 410 8-0
E-Mail: schlichtungsstelle@bafin.de
www.bafin.de

GARANTIEFONDS ODER ANDERE ENTSCHÄDIGUNGSREGELUNGEN (ART. 246B § 1 ABS. 1 NR. 23 EGBGB)

Für die Beteiligung an der Fondsgesellschaft gibt es keinen Garantiefonds oder andere Entschädigungsregelungen.

VOLATILITÄT

Die Fondsgesellschaft wird mittelbar über die Objektgesellschaft(en) in Sachwerte in Form von Transportmitteln aus dem Logistikbereich investieren. Diese Transportmittel unterliegen Wertschwankungen. Die Objektgesellschaft(en) und damit mittelbar die Fondsgesellschaft weisen daher eine Volatilität auf. Das bedeutet, dass die Anteile an der Fondsgesellschaft Wertschwankungen unterliegen. Der Wert der Anteile kann fallen oder steigen.

HINWEIS FÜR VERBRAUCHER MIT BEHINDERUNGEN

Wenn der Anleger ein Verbraucher mit Behinderungen, einschließlich Sehbehinderungen ist, kann er verlangen, dass ihm die in diesem Abschnitt „2. Informationen gemäß § 312d Absatz 2 Satz 2 BGB i. V. m. Art. 246b §§ 1 Absatz 1, 2 Absatz 1 EGBGB“ genannten Informationen in einem geeigneten und barrierefreien Format zur Verfügung gestellt werden.



II. BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE PERSONEN

1. | PERSÖNLICHE ANGABEN

Herr	Frau	Divers
_____	_____	_____
Titel	Vorname(n)	
_____	_____	
Nachname		

Geburtsdatum		

Geburtsort und -land		

Straße / Hausnummer		

PLZ / Wohnort / Land		

Tel.-Nr. (tagsüber erreichbar)		

E-Mail-Adresse		

Zuständiges Wohnsitz-Finanzamt		

Steuer-Identifikationsnummer		

Abweichende Versandanschrift (wenn Postanschrift nicht Wohnort)		

Vorname(n)		

Nachname		

Straße / Hausnr. / Postfach / c / o		

PLZ / Ort / Land		

Kontoinhaber (falls nicht der / die Zeichner / -in)

Vorname(n)

Nachname

Name der Bank

IBAN

BIC

2. | BETEILIGUNG

2.1 | Pflichteinlage und Ausgabeaufschlag (Agio), Einzahlung des Ausgabepreises

Ich, der / die Unterzeichnende, beteilige mich an der Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG mit Sitz in 22767 Hamburg, Große Elbstraße 14 (nachfolgend die „Fondsgesellschaft“), in Höhe von:

Pflichteinlage
(Zeichnungsbetrag) in EUR

Pflichteinlage in Worten

Agio i.H.v. bis zu 5 % bezogen
auf die Pflichteinlage in EUR

Agio in Worten

Gesamtbetrag (Ausgabepreis)
in EUR

Gesamtbetrag in Worten

Hinweis: Die Pflichteinlage beträgt mindestens EUR 5.000 („Mindestzeichnungssumme“). Höhere Summen müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein.

Ich werde den Gesamtbetrag (Ausgabepreis) in EUR, bestehend aus der Pflichteinlage zzgl. des Agios, innerhalb von 14 Tagen nach Aufforderung auf das nachstehend angegebene Konto der Fondsgesellschaft einzahlen:

Kontoinhaber: Solvium Transportlogistik
Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG
Bank: ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch
IBAN: DE27 5032 4000 3000 0323 55
BIC: FTSBDEFA
Verwendungszweck: Solvium Transportlogistik Fonds – Name, Vorname – Beteiligungs-Nr.*

* mit separatem Schreiben wird dem / der Zeichner / in die Beteiligungs-Nr. mitgeteilt, die bei Einzahlung ebenfalls anzugeben ist

Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung gilt der Zahlungseingang auf dem vorstehend genannten Konto.

2.2 | Beitritt als Treugeber / in

Ich möchte der Fondsgesellschaft **mittelbar als Treugeber / in** gemäß dem Verkaufsprospekt, dem im Verkaufsprospekt abgedruckten Treuhandvertrag und dem Gesellschaftsvertrag, dem Basisinformationsblatt sowie den Anlagebedingungen beitreten. Hiermit biete ich der STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg (nachfolgend „Treuänderin“) den Abschluss des im Verkaufsprospekt abgedruckten Treuhandvertrages und damit meinen mittelbaren Beitritt in die Fondsgesellschaft an. Ich beauftrage die Treuänderin, meine Beteiligung treuhänderisch für mich nach den Bestimmungen des Treuhandvertrages und des Gesellschaftsvertrages der Fondsgesellschaft zu erwerben, zu halten und zu verwalten.

2.3 | Beteiligung / Annahme der Beitritts- erklärung für Treugeber / innen

Der Treuhandvertrag und damit meine Beteiligung an der Fondsgesellschaft kommt mit der Annahme dieser Beitrittserklärung durch die Treuänderin zustande. Die Treuänderin kann den Beitritt durch Übersendung einer gegengezeichneten Kopie der Beitrittserklärung in Textform annehmen. Auf Anforderung des Treugebers wird er dies in Briefform bestätigen.

Ich erkenne für meine Beteiligung an der Fondsgesellschaft den Gesellschaftsvertrag, den Treuhandvertrag, den Verkaufsprospekt ggf. mit Nachträgen und / oder den Verkaufsprospekt ergänzenden Informationen, die Anlagebedingungen, das Basisinformationsblatt und diese Beitrittserklärung samt Anlagen jeweils als für mich verbindlich an.

2.4 | Aktualisierung der Daten

Ich bin gemäß § 5 Nr. 6 des Gesellschaftsvertrages verpflichtet, der Fondsgesellschaft jegliche Änderungen meiner Kontaktdaten sowie meiner sonstigen Bestandsdaten und Änderungen bezüglich der Rechtsinhaberschaft der Beteiligung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

2.5 | Informationen zur Datenverarbeitung

Die in dieser Beitrittserklärung angegebenen personenbezogenen Daten werden durch die Hamburg Asset Management HAM Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg als Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Durchführung (Verwaltung) der Beteiligung verarbeitet. Nähere Informationen zur Datenverarbeitung sind in den beigelegten Datenschutzhinweisen (Anlage 4) enthalten.

2.6 | Risikohinweis und Anerkennung

Für die Beteiligung sind ausschließlich der Inhalt dieser Beitrittserklärung nebst, einschließlich der Widerrufsbelehrung, den Anlagen sowie die Anlagebedingungen, das Basisinformationsblatt, der Verkaufsprospekt (ggf. mit Nachträgen und / oder den Verkaufsprospekt ergänzenden Informationen) einschließlich Gesellschafts- und Treuhandvertrag und den Risikohinweisen verbindlich. Es besteht das Risiko eines Totalverlusts des eingesetzten Kapitals und des Agios.

3. | WIDERRUFSBELEHRUNG FÜR VERBRAUCHER (§ 13 BGB)

Widerrufsbelehrung

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung **innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen**. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen **erhalten haben** und Sie über **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Informationen** auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) in klarer und verständlicher Sprache leicht lesbar **unterrichtet wurden**. Wenn Sie ein Verbraucher mit Behinderungen, einschließlich Sehbehinderungen sind, können Sie verlangen, dass Ihnen diese Widerrufsbelehrung sowie die in Abschnitt 2 genannten Informationen in einem geeigneten und barrierefreien Format zur Verfügung gestellt werden. Das Widerrufsrecht erlischt spätestens zwölf Monate und 14 Tage nach dem Vertragsschluss. Diese Frist für das Erlöschen des Widerrufsrechts gilt nicht, wenn Sie nicht nach Artikel 246b § 1 Absatz 1 Nummer 16 EGBGB über Ihr Widerrufsrecht belehrt wurden; in diesem Fall erlischt Ihr Widerrufsrecht nicht. **Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung der Widerrufserklärung** an: STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg, Telefon: 040 / 756 63 98 70, Telefax: 040 / 756 63 98 79, E-Mail: info@sta-altona.de

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

1. die Identität und die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers, gegebenenfalls die Identität und die Hauptgeschäftstätigkeit des Unternehmers, in dessen Auftrag er handelt,
2. die Anschrift des Ortes, an dem der Unternehmer niedergelassen ist, sowie seine Telefonnummer und E-Mail-Adresse oder Angaben zu anderen Kommunikationsmitteln, die der Unternehmer beziehungsweise gegebenenfalls der Unternehmer, in dessen Auftrag er handelt, anbietet,
3. einschlägige Kontaktangaben, die es dem Verbraucher ermöglichen, Beschwerden an den Unternehmer sowie gegebenenfalls an den Unternehmer, in dessen Auftrag er handelt, zu richten,
4. wenn der Unternehmer in ein Handelsregister oder ein vergleichbares öffentliches Register eingetragen ist, das Register, in das er eingetragen ist, und die Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung,
5. soweit für die Tätigkeit des Unternehmers eine Zulassung erforderlich ist, den Namen, die Anschrift, die Website und etwaige andere Kontaktangaben der zuständigen Aufsichtsbehörde,
6. eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Finanzdienstleistung,
7. den Gesamtpreis, den der Verbraucher dem Unternehmer für die Finanzdienstleistung schuldet, einschließlich aller damit verbundenen Provisionen, Gebühren, und Abgaben so-wie aller über den Unternehmer abgeführten Steuern, oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, die Grundlage für seine Berechnung, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht,
8. gegebenenfalls Informationen zu den Konsequenzen bei Zahlungsverzug oder Zahlungsausfall,
9. gegebenenfalls den Hinweis, dass der Preis auf der Grundlage einer automatisierten Entscheidungsfindung personalisiert worden ist,
10. gegebenenfalls einen Hinweis, dass sich die Finanzdienstleistung auf Finanzinstrumente bezieht, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat, und einen Hinweis, dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind,
11. einen Hinweis auf mögliche weitere Steuern oder Kosten, die nicht über den Unternehmer abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden,
12. etwaige Beschränkungen des Zeitraums, währenddessen die gemäß diesem Absatz zur Verfügung gestellten Informationen gültig sind,
13. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung,
14. etwaige spezifische zusätzliche Kosten, die der Verbraucher für die Benutzung des Fernkommunikationsmittels zu tragen hat, wenn solche zusätzlichen Kosten in Rechnung gestellt werden,
15. wenn ökologische oder soziale Faktoren in die Anlagestrategie der Finanzdienstleistung eingebunden werden, Informationen über ökologische oder soziale Ziele, die mit der Finanzdienstleistung verfolgt werden,

(Hinweis: Die Widerrufsbelehrung wird auf der folgenden Seite fortgesetzt.)

16. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts und für den Fall, dass ein Widerrufsrecht besteht, Angaben zur Widerrufsfrist und zu den Modalitäten für die Ausübung des Widerrufsrechts, einschließlich des Betrags, den der Verbraucher gegebenenfalls zu entrichten hat, sowie die Folgen der Nichtausübung dieses Rechts,
17. die Mindestlaufzeit des Fernabsatzvertrags, wenn dieser die Erbringung einer dauerhaften oder regelmäßig wiederkehrenden Finanzdienstleistung zum Inhalt hat,
18. Angaben zum Recht der Parteien, den Fernabsatzvertrag vorzeitig oder einseitig aufgrund der Vertragsbedingungen zu kündigen, einschließlich aller Vertragsstrafen, die in einem solchen Fall auferlegt werden,
19. praktische Hinweise und Verfahren zur Ausübung des Widerrufsrechts nach § 355 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, darunter Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Unternehmers oder Angaben zu anderen einschlägigen Kommunikationsmitteln für die Übermittlung der Widerrufserklärung, und bei über eine Online-Benutzeroberfläche geschlossenen Finanzdienstleistungsverträgen Informationen über das Bestehen und die Platzierung der Widerrufsfunktion nach § 356a des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
20. etwaige Vertragsklauseln, die das auf den Fernabsatzvertrag anwendbare Recht oder das zuständige Gericht bestimmen,
21. in welcher Sprache oder in welchen Sprachen die Vertragsbedingungen und die in diesem Artikel genannten Vorabinformationen mitgeteilt werden sowie über die Sprache oder die Sprachen, zu deren Benutzung sich der Unternehmer mit Zustimmung des Verbrauchers für die Kommunikation während der Laufzeit des Fernabsatzvertrags verpflichtet,
22. gegebenenfalls die Möglichkeit des Zugangs zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren, dem der Unternehmer unterworfen ist, und die Voraussetzungen für diesen Zugang,
23. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die nicht unter die Richtlinie 2014/49/EU in der Fassung vom 16. April 2014 und die Richtlinie 97/9/EG in der Fassung vom 3. März 1997 fallen.

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Im Fall eines wirksamen Widerrufs **sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren**. Sie sind zur **Zahlung von Wertersatz** für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung begonnen werden kann. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. **Ihr Widerrufsrecht erlischt** vorzeitig, wenn der Vertrag **von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist**, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. **Verpflichtungen zur Rückgewähr empfangener Leistungen müssen unverzüglich und spätestens innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden**. Diese Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Abschnitt 4

Folgen der Nichtausübung

Wenn Sie Ihr Widerrufsrecht nicht innerhalb der vorgenannten Widerrufsfrist ausüben, erlischt Ihr Widerrufsrecht. Sie bleiben dann an Ihre Vertragserklärung und den Vertrag gebunden.

Ende der Widerrufsbelehrung

4. | IDENTITÄTSPRÜFUNG (vom Identifizierenden auszufüllen)

Die Identitätsprüfung erfolgt über das POSTIDENT-Verfahren (siehe Coupon für POSTIDENT auf Seite 23)

oder

Die Identitätsprüfung erfolgt über das Video-Ident-Verfahren (bitte besuchen Sie <https://www.sta-altona.de>, dort unter dem Reiter „Leistung“)

oder

Persönliche Identitätsprüfung:

Ich bestätige, dass der Zeichner für die Identifizierung anwesend war und ich die Angaben anhand des Originals eines gültigen amtlichen Ausweises (Personalausweis, Reisepass) überprüft habe. Eine Kopie des Ausweises (Vorderseite und Rückseite) oder alternativ eine Kopie anderer Originale von Legitimationsunterlagen ist beigelegt.

Angaben zur natürlichen Person:

Legitimationspapier:	Personalausweis	Reisepass
Personalausweis- / Reisepass-Nr.		Ausstellungsdatum
Ausstellende Behörde		Ausstellungsort
Gültigkeitsdatum		

Legitimationspapiere müssen bei Unterzeichnung und Annahme durch die Treuhänderin gültig sein. Das Foto des Zeichners muss auf der einzureichenden Kopie gut erkennbar sein.

Ich habe die Identifizierung durchgeführt in meiner Eigenschaft als:

Mitarbeiter eines Kreditinstituts / Finanzdienstleistungsinstituts i. S. v. § 1 Abs. 1 bzw. Abs. 1a Kreditwesengesetz (KWG), jeweils mit Erlaubnis nach § 32 KWG.

Finanzanlagenvermittler nach § 34f GewO / Honorar-Finanzanlagenberater nach § 34h GewO.

Mitarbeiter eines Wertpapierinstitutes nach § 15 WpIG.

Wirtschaftsprüfer, vereidigter Buchprüfer, Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter.

Die Identifizierung erfolgte durch:

Vor- und Nachname(n) bzw. Firma des / der Identifizierenden in Druckschrift	
Geschäftsanschrift des / der Identifizierenden	
Ort, Datum	Unterschrift / Stempel des / der Identifizierenden

5. | ORT DER UNTERZEICHNUNG DER BEITRITTSERKLÄRUNG

Diese Beitrittserklärung habe ich

innerhalb der Geschäftsräume des Vermittlers

außerhalb der Geschäftsräume des Vermittlers, bei gleichzeitiger Anwesenheit des Vermittlers

im Wege des Fernabsatzes (das heißt unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln, wie z. B. Brief, E-Mail) unterzeichnet.

6. | UNTERZEICHNUNG UND ANNAHME DER BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR DIE BETEILIGUNG AN DER FONDSGESELLSCHAFT UND WEITERE ERKLÄRUNGEN

Die Annahme der Beitrittserklärung setzt voraus, dass ich sie nebst Anlagen vollständig und ordnungsgemäß ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet der Anlegerverwaltung und Treuhänderin STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg im Original zur Verfügung gestellt habe.

Unterschrift des Zeichners

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners



Annahme des Angebots durch die Treuhänderin

Ort, Datum

Unterschrift der Treuhänderin

Einverständniserklärung unverschlüsselter E-Mailversand

Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass – soweit gesetzlich zulässig und im Gesellschaftsvertrag der Fondsgesellschaft nicht anders geregelt – sämtlichen Schriftverkehr rund um meine Beteiligung an der Solvium Transportlogistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG unverschlüsselt per E-Mail zu erhalten. Meine E-Mail-Adresse für den Versand habe ich im Abschnitt „Persönliche Daten“ auf Seite 9 angegeben.

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners



Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung Solvium Capital Vertriebs GmbH:

Hiermit willige ich ein, dass die KVG und die Treuhandkommanditistin meine personenbezogenen Daten und Angaben aus dieser Beitrittserklärung zum Zwecke der Durchführung der Beteiligung, zur Kundenbetreuung sowie zur Provisionsabrechnung gegenüber Vertriebspartnern an die von der KVG beauftragte Vertriebsgesellschaft Solvium Capital Vertriebs GmbH, übermittelt und die Solvium Capital Vertriebs GmbH diese Daten und Angaben zu den vorgenannten Zwecken speichert, verarbeitet und nutzt. Diese Erklärung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Darüber hinaus willige ich ein, dass die Solvium Capital Vertriebs GmbH meine vorgenannten personenbezogenen Daten und Angaben sowie die Informationen, dass die Treuhandkommanditistin meine Beitrittserklärung angenommen hat und die Widerrufsfrist abgelaufen ist, an den auf Seite 15 dieses Dokuments genannten Vermittler übermitteln darf. Auch diese Erklärung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners



Bitte senden Sie die ausgefüllte und an allen dafür vorgesehenen Stellen unterzeichnete Beitrittserklärung mit Anlagen* an:

STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG
zu Händen der Empfangsbevollmächtigten Solvium Capital Vertriebs GmbH
an die Adresse:
Solvium Capital Vertriebs GmbH
ABC-Straße 21
20354 Hamburg

*Anlagen: Anlage 1: Feststellung wirtschaftlich Berechtigter und Erklärung zur Feststellung PEP
Anlage 2: Selbstauskunft natürliche Personen CRS und FATCA-USA
Anlage 3: Empfangsbestätigung
Anlage 4: Datenschutzhinweise gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung

Angaben zum Vermittler

Name / Firma des Vermittlers

Anschrift des Vermittlers

Ort, Datum



Unterschrift und Stempel des Vermittlers

ANLAGE 1 ZUR BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE UND JURISTISCHE PERSONEN

Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten gemäß Geldwäschegesetz (GWG)

Wirtschaftlich berechtigt ist die natürliche Person oder sind mehrere natürliche Personen, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Vertragspartner letztlich steht oder die natürliche Person(en), auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird (§ 3 Abs. 1 Geldwäschegesetz).

Ich bestätige hiermit durch ankreuzen:

Ich handle beim Erwerb der Beteiligung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung und ich bin der wirtschaftlich Berechtigte. Ich handle nicht für mich selbst, sondern für den bzw. die nachfolgenden wirtschaftlich Berechtigten:

Name des / der wirtschaftlich Berechtigten*
Meldeadresse des bzw. der wirtschaftlich Berechtigten*
Geburtsdatum und Geburtsort des / der wirtschaftlich Berechtigten*
Staatsangehörigkeit*

* Bei juristischen Personen sind diese Angaben für alle wirtschaftlich Berechtigten zu ergänzen. Ein aktueller Handelsregistrauszug, eine aktuelle Gesellschafterliste mit Anteilshöhen und Stimmrechtsangaben sowie ein Auszug aus dem Transparenzregister sind in Anlage beizufügen.

Erklärung zur Feststellung von politisch exponierten Personen (PEP)

Politisch exponierte Person ist jede Person, die ein hochrangiges wichtiges öffentliches Amt auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder innerhalb des letzten Jahres ausgeübt hat (z. B. Mitglied einer Regierung, der EU-Kommission, eines Parlaments, des Führungsgremiums einer politischen Partei, eines obersten Gerichts, des Leitungsorgans eines Rechnungshofs oder einer Zentralbank, des Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgans eines staatseigenen Unternehmens; Botschafter; Direktoren, stellvertretende Direktoren, Mitglied des Leitungsorgans oder sonstiger Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation; Personen, die Ämter inneha-

ben, welche in der nach Art. 1 Nr. 13 der Richtlinie (EU) 2018/843 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Liste enthalten sind).

Familienmitglied ist ein naher Angehöriger einer politisch exponierten Person, insbesondere der Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner, ein Kind und dessen Ehepartner oder eingetragener Lebenspartner sowie jeder Elternteil.

Bekanntermaßen nahestehende Person ist eine natürliche Person, die gemeinsam mit einer politisch exponierten Person wirtschaftlich Berechtigter eines Unternehmens oder eines Trusts ist, oder zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder alleiniger wirtschaftlich Berechtigter eines Unternehmens oder Trusts ist, bei der Grund zu der Annahme besteht, dass dessen Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.

Ich bestätige hiermit durch Ankreuzen, dass ich als wirtschaftlich Berechtigter (nur von natürlichen Personen auszufüllen)

selbst keine politisch exponierte Person, kein Familienmitglied einer politisch exponierten Person und keine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person bin.

oder

eine politisch exponierte Person bzw. ein Familienmitglied einer politisch exponierten Person bzw. eine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person bin. Ich lege daher meine Position offen und erkläre, dass meine Vermögenswerte, die im Rahmen der Geschäftsbeziehung oder der Transaktion eingesetzt werden, nicht aus Tätigkeiten herrühren, die das geltende Recht verletzen.

Für den Fall, dass ich für einen wirtschaftlich Berechtigten handle, bestätige ich hiermit durch Ankreuzen, dass:

der wirtschaftlich Berechtigte keine politisch exponierte Person, kein Familienmitglied einer politisch exponierten Person sowie keine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person ist.

oder

es sich bei dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person bzw. um ein Familienmitglied einer politisch exponierten Person bzw. um eine einer politisch exponierten Person bekanntermaßen nahestehende Person handelt. Ich lege daher seine Position offen und erkläre, dass seine Vermögenswerte, die im Rahmen der Geschäftsbeziehung oder der Transaktion eingesetzt werden, nicht aus Tätigkeiten herrühren, die das geltende Recht verletzen.

Genaue Bezeichnung seiner Position / Beziehung zur politisch exponierten Person:

Tätigkeit
Amt / Funktion
Ort und Land

Für den Fall, dass ich oder der wirtschaftlich Berechtigte eine politisch exponierte Person bin / ist, mache ich folgende Angaben zur Herkunft der Vermögenswerte:

Die Vermögenswerte zum Erwerb dieser Beteiligung stammen aus den folgenden Quellen:

Mittelherkunft (z. B. Ersparnisse, Erbschaft, Veräußerung von Vermögen)

Änderungen der vorgenannten Angaben werde ich der Treuhänderin während des Bestehens meiner Beteiligung an der Fondsgesellschaft unaufgefordert und unverzüglich schriftlich anzeigen.

Ort, Datum




Unterschrift des Zeichners

ANLAGE 2 ZUR BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE PERSONEN

Selbstauskunft natürliche Person

zur steuerlichen Ansässigkeit gemäß Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (CRS) und FATCA-USA-Umsetzungsverordnung

Name	Vorname

Nach den gesetzlichen Vorgaben des „Finanzkonten-Informationsaustauschgesetzes“ sind die Anbieter geschlossener Investmentvermögen verpflichtet, die steuerliche Ansässigkeit des Anlegers für Zwecke des internationalen Informationsaustausches in Steuersachen (CRS – Common Reporting Standard der OECD) im Wege einer Selbstauskunft abzufragen. Bei mehreren Anlegern hat jeder eine gesonderte Selbstauskunft auszufüllen.

Durch die FATCA-USA-Umsetzungsverordnung (FATCA: Foreign Account Tax Compliance Act) ist die Investmentgesellschaft verpflichtet, im Wege einer Selbstauskunft des Anlegers eine Staatsangehörigkeit des Anlegers in den USA sowie eine steuerliche Ansässigkeit des Anlegers in den USA abzufragen und bestimmte Anlegerinformationen an das Bundeszentralamt für Steuern zu melden. Von dort aus werden die Informationen an die Steuerbehörde der USA (IRS) gemeldet. Übermittelt werden insbesondere Name, Anschrift, Steuer-Identifikationsnummer („Tax Identification Number – TIN“) des Anlegers sowie Angaben zum Beteiligungskonto (Kontosaldo oder Kontowert, Gesamtbruttobetrag aus Zinsen, Dividenden, Veräußerungserlösen oder anderen Einkünften). Zur Erfüllung dieser gesetzlichen Pflichten füllen Sie bitte die nachfolgenden Selbstauskünfte vollständig und wahrheitsgemäß aus. Für Nachfragen im Zusammenhang mit steuerrechtlichen Fragestellungen empfiehlt sich die Abstimmung mit einem steuerlichen Berater.

Ich / Wir bin / sind ausschließlich in Deutschland steuerlich ansässig und gelte auch in keinem anderen Land als steuerlich ansässig.

Ja Nein

Ich / Wir bin / sind Staatsangehörige(r) der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ja Nein

Ich / Wir bin / sind in den Vereinigten Staaten von Amerika steuerlich ansässig (siehe Erläuterungen).

Ja Nein

Bitte listen Sie nachfolgend sämtliche Staaten (außerhalb Deutschlands) auf, in denen Sie steuerlich ansässig sind oder in denen Sie als steuerlich ansässig gelten. Soweit vorhanden, geben Sie bitte auch die jeweils zugehörige Steuer-Identifikationsnummer dieser Staaten an. Gibt der betreffende Ansässigkeitsstaat keine TIN aus, geben Sie bitte an: „Der jeweilige Staat gibt keine TIN aus“.

1.	2.
Staaten mit steuerlicher Ansässigkeit außer Deutschland (sofern vorhanden)	
1.	2.
Soweit vorhanden Steuer-Identifikationsnummer (TIN)	

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns hiermit, die STA Sachwert-Treuhand Altona GmbH & Co. KG, Große Elbstraße 14, 22767 Hamburg (Treuhanderin) innerhalb von 30 Tagen schriftlich über Änderungen der obenstehend gemachten Angaben zu informieren.

Ort, Datum

Unterschrift des Zeichners

Erläuterungen zur Selbstauskunft für natürliche Personen gemäß FATCA-USA-Umsetzungsverordnung

Sie gelten als steuerlich ansässig in den Vereinigten Staaten von Amerika („USA“), wenn zum Beispiel einer der folgenden Sachverhalte auf Sie zutrifft (keine abschließende Aufzählung):

- a) Sie besitzen die US-amerikanische Staatsbürgerschaft (auch im Falle doppelter Staatsangehörigkeit).
- b) Sie besitzen ein Einwanderungsvisum der USA („Greencard“).
- c) Sie haben sich im laufenden Jahr über einen Zeitraum von mindestens 31 Tagen in den USA aufgehalten bzw. nehmen im laufenden Jahr einen solchen Aufenthalt vor. Zugleich beträgt die Gesamtaufenthaltsdauer in den USA innerhalb der letzten drei Jahre mindestens 183 Tage. Aufenthaltstage im laufenden Kalenderjahr zählen dabei voll (1/1), solche aus dem Vorjahr zu 1/3 und Aufenthaltstage aus dem davorliegenden Jahr zu 1/6.

Hinweis: Sollten diese Kriterien zutreffen, können Sie ggf. dennoch eine Befreiung von der Eigenschaft »US-Person« auf dem US-amerikanischen Steuerformular 8840 beantragen. Voraussetzung ist, dass Sie sich im laufenden Kalenderjahr weniger als 183 Tage in den USA aufgehalten haben bzw. noch aufhalten werden und einen außerhalb der USA liegenden Wohnsitz nachweisen können, zu dem Sie eine enge Bindung unterhalten.

- d) Es besteht eine anderweitige, unbeschränkte US-amerikanische Steuerpflicht.

Hinweis: Der Besitz bzw. die Vermietung von Grundeigentum in den USA sowie das Halten von Anteilen US-amerikanischer Immobilienfonds ist hierfür unerheblich. Daraus resultiert keine unbeschränkte US-amerikanische Steuerpflicht.

Sind Sie unsicher, ob einer dieser Sachverhalte auf Sie zutrifft oder ob Sie aus anderen Gründen in den USA steuerpflichtig sind, sprechen Sie bitte mit Ihrem steuerlichen Berater.

ANLAGE 3 ZUR BEITRITTSERKLÄRUNG FÜR NATÜRLICHE PERSONEN (STAND 19.06.2026)

Empfangsbestätigung

Empfangsbekenntnis

Ich bestätige, dass ich die nachfolgend
aufgelisteten Unterlagen erhalten habe:

in Papierform

Als pdf-Dokument
per E-Mail (E) oder Download (D)

1. a) PDF-Fassung:

Verkaufsprospekt der Fondsgesellschaft vom 20. November 2024
(beinhaltet auch Anlagebedingungen, Gesellschaftsvertrag,
Treuhandvertrag und vorvertraglicher Informationen nach Artikel
8 der Verordnung (EU) Nr. 2019/2088 (Offenlegungs-Verordnung)

☐ (E) ☐ (D)

oder

1. b) Gedruckte Fassungen:

Verkaufsprospekt der Fondsgesellschaft vom 20. November 2024
(beinhaltet auch Anlagebedingungen, Gesellschaftsvertrag,
Treuhandvertrag und vorvertraglicher Informationen nach Artikel
8 der Verordnung (EU) Nr. 2019/2088 (Offenlegungs-Verordnung)

☐

sowie

Informationen vom 19. Juni 2026 gemäß § 316 Abs. 4 KAGB zum
Verkaufsprospekt vom 20. November 2024 der Solvium Transport-
logistik Fonds GmbH & Co. geschlossene Investment-KG

☐

2. Basisinformationsblatt vom 20. November 2024

☐

☐ (E) ☐ (D)

3. Datenschutzhinweise gemäß DSGVO
(Anlage 4 zur Beitrittserklärung)

☐

☐ (E) ☐ (D)

4. Zeichnungsunterlagen einschließlich Verbraucherinformationen und
Beitrittserklärung inkl. der Anlagen 1 bis 3

☐

☐ (E) ☐ (D)

Ort, Datum



Unterschrift des Zeichners





ANLAGE 4 DATENSCHUTZHINWEISE GEMÄSS EU-DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

Stand: Dezember 2024

Mit den nachfolgenden Informationen erhalten Sie einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils beantragten bzw. vereinbarten Dienstleistungen, bzw. Beteiligungsprodukten.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist:

Hamburg Asset Management HAM

Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH

Große Elbstraße 14

22767 Hamburg

Geschäftsführung: Gunnar Dittmann, Dr. Sven Kehren,

Jessica Beckmann, Tobias große Holthaus

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

datenschutz@hh-asset.de

Sie können sich jederzeit hinsichtlich datenschutzrechtlicher Fragen an unseren Datenschutzbeauftragten unter der oben angegebenen Geschäftsadresse bzw. E-Mail-Adresse wenden.

2. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Kunden erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von anderen Unternehmen oder von sonstigen Dritten (z. B. Bundeszentralamt für Steuern) zulässigerweise (z. B. zur Ausführung von Aufträgen, zur Erfüllung von Verträgen oder aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung) erhalten haben. Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Handels- und Vereinsregister, Presse, Medien, Internet) zulässigerweise gewonnen haben und verarbeiten dürfen. Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Zustandekommens der Beteiligung an der Fondsgesellschaft in der Regel von dem Vermittler der Beteiligung in der Beitrittserklärung einschließlich Anlagen erhoben.

Relevante personenbezogene Daten im Antragsannahmeprozess, bei der Stammdateneröffnung, im Zuge einer Bevollmächtigung oder bei sonstigen Verfügungsberechtigten im Zusammenhang mit einem Vertragsverhältnis können sein:

- Stammdaten (z. B. Namen, Postadressen, Geburtsdatum, -ort, -land, Staatsangehörigkeit, Geschlecht)
- Kontaktdaten (z. B. Adressdaten, E-Mail-Adressen, Telefonnummern)

- Steuerlich relevante Daten (z. B. Wohnsitzfinanzamt, Steuernummer / Steuer-ID-Nr., FATCA-Status)
- Legitimationsdaten und Identitätsnachweise (z. B. Kopie von Personalausweis oder Reisepass)
- Bankdaten (z. B. Bank, IBAN, BIC)
- Daten zum PEP-Status und zu wirtschaftliche Berechtigten
- Beteiligungsdaten (z. B. Anlagebetrag, Beitrittszeitpunkt)

Im Rahmen der Geschäftsbeziehung, insbesondere durch persönliche, telefonische oder schriftliche Kundenkontakte, durch Sie oder von der Gesellschaft initiiert, entstehen weitere personenbezogene Daten, z. B. Informationen über Kontaktkanal, Datum, Anlass und Ergebnis; (elektronische) Kopien des Schriftverkehrs.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG):

Die nachfolgend aufgeführten Zwecke können einzeln oder kumulativ vorliegen.

- a. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Begründung, Verwaltung und Abwicklung Ihrer Beteiligung an der Fondsgesellschaft oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen.

- b. Im Rahmen der Interessenabwägung (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO)

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Die berechtigten Interessen sind insbesondere:

- Beantwortung von Anfragen (soweit nicht im Zusammenhang mit Vertragserfüllung, siehe oben Buchstabe a.)
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der Gesellschaft

- c. Aufgrund Ihrer Einwilligung (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Weitergabe von Daten an eine Vertriebsgesellschaft) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind,

sind davon nicht betroffen. Eine Statusübersicht der von Ihnen erteilten Einwilligungen können Sie jederzeit bei uns anfordern.

- d. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO) oder im öffentlichen Interesse (auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO)

Wir unterliegen als Gesellschaft diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Aufsichtsrecht, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze) sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben (z. B. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Identitätsprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken in der KVG.

4. Wer bekommt meine Daten / Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten?

Innerhalb der KVG erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die zur Erfüllung des Vertragszweckes Kenntnis haben müssen.

Informationen über Sie dürfen wir an Dritte nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Auskunft befugt sind und die von uns beauftragten Auftragsverarbeiter gleichgerichtet die Einhaltung der Vertraulichkeit sowie die Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung sowie des Bundesdatenschutzgesetzes garantieren. Es werden nur soweit Daten weitergegeben, wie es gesetzlich zulässig ist. Die Arten von Daten, die weitergegeben werden können, sind unter Punkt 2 beschrieben.

Unter den vorgenannten Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- die Vertriebsgesellschaft und der Vermittler der Beteiligung
- Treuhandkommanditistin im Rahmen der Anlegerverwaltung
- Steuerberater
- Wirtschaftsprüfer
- Öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Finanzbehörden, Bundeszentralamt für Steuern, etc.) bei Vorliegen einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung.
- Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, vergleichbare Einrichtungen und Auftragsverarbeiter, an die wir zur Durchführung der Geschäftsbeziehung mit Ihnen personenbezogene Daten übermitteln.
- Im Einzelnen: Abwicklung von Bankauskünften, Unterstützung/Wartung von EDV- / IT-Anwendungen, Archivierung, Belegbearbeitung, Call-Center Services, Controlling, Datenscreening für Anti-Geldwäsche-Zwecke, Datenvernichtung, Kundenverwaltung, Lettershops, Marketing, Meldewesen, Research, Risikocontrolling, Telefonie, Videolegitimation, Webseitenmanagement, Fondsverwaltung, Wirtschaftsprüfungsdienstleistung, Zahlungsverkehr.

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die Sie uns von der Verschwiegenheitsverpflichtung gemäß Vereinbarung oder Einwilligung befreit haben.

5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sogenannte Drittstaaten) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung Ihrer Aufträge (z. B. Zahlungs- und Wertpapieraufträge) erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten) oder Sie uns eine Einwilligung erteilt haben. Werden Dienstleister im Drittstaat eingesetzt, sind diese zusätzlich zu schriftlichen Weisungen durch den Abschluss von EU-Standardvertragsklauseln oder sonstigen in Art. 46, 47 DSGVO genannten Vereinbarungen zur Einhaltung des Datenschutzniveaus in Europa verpflichtet. Soweit Ihre personenbezogenen Daten in ein Drittland übermittelt werden, können Sie jederzeit auf schriftliche Anfrage eine Kopie der entsprechenden Vereinbarungen erhalten. Die Anfrage richten Sie bitte an unseren Datenschutzbeauftragten (siehe Punkt 1.).

6. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Die von Ihnen zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten werden nur solange und soweit gespeichert und verarbeitet, wie es zur Erfüllung der mit Ihnen vereinbarten vertraglichen Pflichten erforderlich ist und unsere gesetzlichen Pflichten es erfordern.

Unsere gesetzlichen Pflichten können insbesondere sein:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen: Zu nennen sind das Handelsgesetzbuch, die Abgabenordnung, das Kreditwesengesetz, das Geldwäschegesetz und das Wertpapierhandelsgesetz. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften. Nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

7. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, das Recht auf Widerspruch aus Artikel 21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG). Die zuständige Aufsichtsbehörde ist Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg.

Eine von Ihnen ausdrücklich erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber widerrufen. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf nur für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

8. Gibt es für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Die personenbezogenen Daten, die Sie im Rahmen der Geschäftsbeziehung bereitstellen, sind für die Durchführung der Geschäftsbeziehung und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können.

Insbesondere sind wir nach den geldwäscherechtlichen Vorschriften verpflichtet, Sie vor der Begründung der Geschäftsbeziehung beispielsweise anhand Ihres Personalausweises zu identifizieren und dabei Ihren Namen, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit sowie Ihre Wohnanschrift zu erheben und festzuhalten. Damit wir dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen können, haben Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebenden Änderungen unverzüglich anzuzeigen.

Sollten Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen oder fortsetzen.

9. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)?

Eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO findet nicht statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

10. Information über Ihr Widerspruchsrecht – Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit. e) oder f) DSGVO (Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse bzw. im Rahmen einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann schriftlich an die Geschäftsadresse
Hamburg Asset Management HAM
Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH
Große Elbstraße 14
22767 Hamburg
oder per E-Mail an datenschutz@hh-asset.de gerichtet werden.

Leitfaden zum Postident-Verfahren

Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen müssen wir Sie identifizieren.

Die Identifikationsprüfung kann mithilfe des Postident-Verfahrens der Deutschen Post AG durchgeführt werden.

Reisepass
oder
Personalausweis



Coupon für POSTIDENT durch Postfiliale Deutsche Post

zur Identitätsfeststellung in einer Postfiliale für Schmidtner GmbH

Nehmen Sie diesen Coupon und lassen Sie sich bei einer Postfiliale mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepass identifizieren, um Ihre Identifizierung abzuschließen.

Schmidtner GmbH
Postfach 62 04 40
22404 Hamburg

POSTIDENT
Filiale für POSTIDENT finden auf: www.deutschepost.de

Hinweise für Filialmitarbeiter:

- Barcode einscannen / VGA 1611/PI aufrufen
- Abrechnungs- und Referenznummer eingeben
- Identifizierung (VGA 1611 / Postident „Basic“) durchführen
- Diesen Coupon nach der Identifizierung datenschutzkonform entsorgen.

MaV: Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter-Hotline



Deutsche Post

Ablauf des Postident-Verfahrens:

- Mit Ihrem Reisepass oder Personalausweis gehen Sie zu einer Postfiliale
- Ein Mitarbeiter der Deutschen Post AG überprüft unter Vorlage Ihres Reisepasses oder Personalausweises Ihre Identität
- Ihre Daten werden dann automatisch per EDV auf das Postident-Formular übertragen
- Sie bestätigen die Angaben mit Ihrer Unterschrift
- Das Postident-Formular wird an die Schmidtner GmbH übermittelt

Coupon für POSTIDENT durch Postfiliale Deutsche Post

zur Identitätsfeststellung in einer Postfiliale für Schmidtner GmbH

Nehmen Sie diesen Coupon und lassen Sie sich bei einer Postfiliale mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepass identifizieren, um Ihre Identifizierung abzuschließen.

Schmidtner GmbH

Postfach 62 04 40

22404 Hamburg

POSTIDENT

Filiale für POSTIDENT finden auf: www.deutschepost.de

Hinweise für Filialmitarbeiter:

- Barcode einscannen / VGA 1611/PI aufrufen



- Abrechnungs- und Referenznummer eingeben

Abrechnungsnummer

5 | 0 | 9 | 7 | 6 | 4 | 7 | 4 | 4 | 3 | 3 | 7 | 0 | 1

Referenznummer

B | E | T | 2 | 0 | 2 | 5 | | | | | |

- Identifizierung (VGA 1611 / Postident „Basic“) durchführen
- Diesen Coupon nach der Identifizierung datenschutzkonform entsorgen.

MaV: Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter-Hotline